

mittendrin

Ausgabe 02 / 2012
Information des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Am Ende doch: Vernunft?!

Von Thomas Flierl*

Wieder waren hunderte Anwohner gekommen: Mittes neuer Baustadtrat Carsten Spallek (CDU) informierte am 19. Dezember 2011 im bcc am Alex über die Zukunft des Wohngebietes an der Karl-Marx-Allee. Im letzten Jahr hatten sich Senat und Bezirk über die Grundzüge der Planung für das Gebiet endlich in einem gemeinsamen Workshopverfahren geeinigt. Der Bezirk übersetzt nun die Planungsziele in einen B-Plan. Nach den Berliner Wahlen stand die Frage, ob auch unter den neuen Konstellationen in Senat und Bezirksamt diese Ziele weiterverfolgt werden. Nun hat sich Carsten Spallek hinter diese Planungen gestellt. Und Regula Lüscher bleibt Senatsbaudirektorin für die SPD. Beides lässt hoffen, dass die jetzt gefundene Lösung nun auch tatsächlich umgesetzt wird.

einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen artikuliert die Anwohnerschaft ihre Position für eine behutsame bestandsorientierte Fortentwicklung des Gebietes. In der ersten rot-roten Legislaturperiode gelang es noch nicht, die Senatspläne zu kippen. Erst mit dem Ausscheiden von Strieder und Stimmann konnte das Blatt gewendet werden. Auch die vielen neu hinzugezogenen schätzen inzwischen die Qualitäten des Wohngebietes. In der zweiten Legislatur von Rot-Rot konnte Die Linke mit Regula Lüscher und Mittes damaligen Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD) ein Übereinkommen erzielen.

Was sind nunmehr die Ziele der Planung?

Entgegen der konfrontativen Strategie des Planwerks soll das Gebiet nun in seiner städtebaulichen Eigenart erhalten und behutsam fortentwickelt werden:

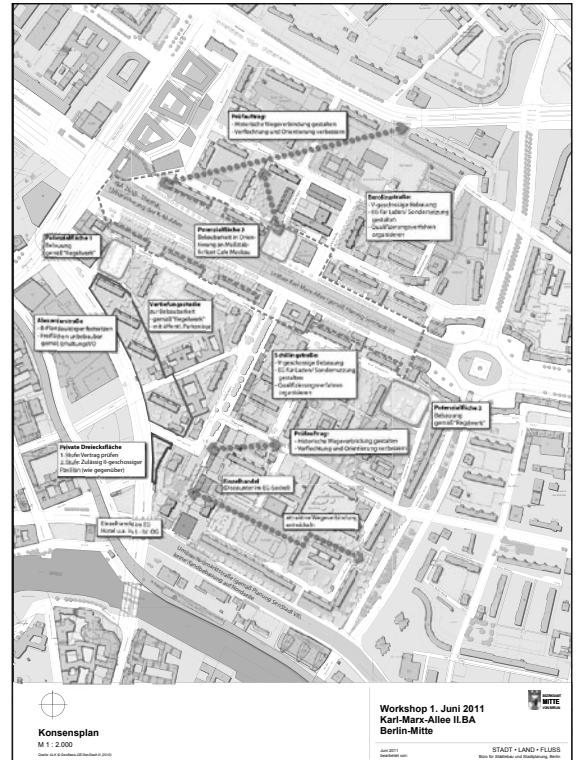
1. Auf die Wiederherstellung der vormodernen Wegeverbindungen als Straßen wird verzichtet.
2. Neue Bauten werden nur an ausgewiesenen Orten mit höchsten fünf Obergeschossen errichtet.
3. Schwerpunkt des Neubaus ist die Reaktivierung der östlichen Schillingstraße
4. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Bereich um das Rathaus.
5. Die Wohnscheiben an der Alexanderstraße werden durch einen Bebauungsplan in ihrem Bestand vor störender Bebauung bewahrt.
6. Im Süden sind zwei Potenzialflächen für Wohnungsbau und neben dem Kino International eine Fläche für einen Pavillonbau vorgesehen.

Noch offen ist die genaue Planung für die Karl-Marx-Allee. Jedoch scheint es sinnvoll,

den begrünten Mittelstreifen analog zur Allee in Friedrichshain fortzusetzen – warum nicht als Baumallee mit darunter angeordneten Stellplätzen? Die östlich der Schillingstraße fehlenden Pavillonbauten sollten zeitgenössisch ergänzt werden.

Das anhaltende Interesse an den Planungen der Karl-Marx-Allee zeigt: die Anwohner werden sich auch zukünftig für eine vernunftgeleitete Entwicklung des Gebietes einsetzen. Und angesichts der Wechselfälle der Politik darf gerade jetzt die kritische Begleitung seitens der Bürgerinnen und Bürger nicht nachlassen!

**Der Autor war 1998-2000 Baustadtrat in Mitte, 2002-2006 Kultur- und Wissenschaftssenator, 2006-2011 stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion und Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung im Berliner Abgeordnetenhaus und ist seit 2007 Vorsitzender der Hermann-Henselmann-Stiftung*



Worum ging es?

1998 hatte der CDU/SPD-Senat das Planwerk Innenstadt beschlossen, das für die »Königsvorstadt« die Wiederherstellung des Stadtgrundrisses der Vorkriegszeit beabsichtigte und durch massiven Neubau den Bestand des denkmalgeschützten innerstädtischen Wohngebietes aus DDR-Zeiten in Frage stellte. Mit dem Argument der Durchmischung mit anderen Funktionen (Büros, Geschäfte) und neuer Bewohnerschaft sollte die Urbanität des Gebietes gehoben werden. Der damals PDS-dominierte Bezirk stellte sich von Anfang an und gemeinsam mit CDU-Bezirksbürgermeister Joachim Zeller gegen diese Pläne. Der Senat konnte zwar die Aufstellung eines B-Plans, nicht aber die Ausarbeitung einer bezirklichen Entwicklungsplanung und den Erlass einer Gestaltungsverordnung verhindern. In

Aller guten Dinge sind drei! **BLOCK DRESDEN 2012**
– Blockieren, bis der Naziaufmarsch Geschichte ist!
Helft mit, den größten europäischen Naziaufmarsch zu blockieren! • **Dresden, 18. Februar 2012**
Karten für die Busanreise sind im KIZ, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, erhältlich!



DIE LINKE.
Bezirksverband Mitte
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Bericht aus
der BVV

Nachhilfe in Geschichte aus Bayern?

Unter dieser Überschrift fragte unsere Fraktion das Bezirksamt nach dessen Position zu den bekannt gewordenen Äußerungen eines Bundesministers aus Bayern, den Standort des Marx-Engels-Forums zu verlagern.

Die Presse hatte darüber berichtet und gleich augenzwinkernd den Vorschlag unterbreitet, Marx und Engels durch ein Denkmal zu ersetzen, das den hervorragenden Anteil Bayerns an der Entwicklung der deutschen Philosophie, Politik und Kultur hervorhebt. Vorschläge wie König Ludwig II. von Bayern, Lothar Matthäus, Lederhose, Weißwurst, Klapprechner und Karl Theodor Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester Freiherr von und zu Guttenberg machten die Runde. Recht so – die Narrenkappe steht dem Minister zu und die Berliner werden sich ungern aus Bayern Nachhilfe geben lassen. Der neue Baustadtrat Carsten Spallek (CDU) musste nicht in die Bütt, da die in der Geschäftsordnung vorgesehene Zeit bereits abgelaufen war. Wird er das sachkundige Augenmaß seines Vorgängers Ephraim Gothe (SPD) beweisen? Wir sind auf seine schriftliche Antwort gespannt.

Sowohl in der Bürgerfragestunde als auch

in der Debatte der BVV warfen die anstehenden Beratungen über den Bezirkshaushalt für die Jahre 2012 und 2013 bereits ihre Schatten voraus. Zwar wird das Bezirksamt einen Entwurf frühestens Ende April vorlegen, aber schon jetzt schwirren Mutmaßungen oder Vorschläge durch den Bezirk, welche Einrichtung oder welche Leistung nicht mehr finanziert werden kann. Von einer Finanzlücke in Höhe von ca. 8,5 Millionen Euro ist die Rede. Eine dieser betroffenen Einrichtungen ist die Schuldnerberatung. Mitte verfügt über drei Standorte der Schuldnerberatung und das Bezirksamt denkt bereits seit dem vergangenen Jahr darüber nach, wie es die Kosten senken kann. Die bezirkliche Schuldnerberatung im Rathaus Tiergarten soll aufgegeben werden und nur noch die freien Träger die Beratung durchführen. Eine hochqualifizierte Schuldnerberatung in Moabit ginge verloren – so die Befürchtung vieler Bezirksverordneter. Die BVV verabschiedete mit Mehrheit einen Antrag, der das Bezirksamt beauftragt, die jetzige Konstellation zu erhalten, bis ein mit der BVV unter Beteiligung der Träger erarbeitetes Gesamtkonzept für die Schuldnerberatung in Mitte erarbeitet worden ist. Viel Zeit bleibt allerdings nicht.

Elke Reuter

Deutschlands schönstes Wohngebiet *Ein langer Atem zahlt sich aus*

Was für eine überraschende Wertschätzung für ein Wohngebiet, dessen Bewohner/innen noch vor kurzem der Zukunft mit großer Sorge entgegen sahen.

Und sie kommt von unerwarteter Seite, vom Abteilungsleiter für Städtebau und Projekte aus der Senatsverwaltung. Es ist noch nicht sehr lange her, da wollte die Führung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung den flächenhaften Abriss des Gebietes, um Platz zu schaffen für die Wiedererstellung des Stadtgrundrisses des 18./19. Jahrhunderts. Was nach damaliger Planung stehen bleiben durfte, sollte aber wenigstens durch Neubauten so verdeckt werden, dass es nur noch als Hinterhausbebauung wahrnehmbar ist. »Planwerk Innenstadt« wurde zum Schimpfwort, der Autor Hans Stimmann zur Unperson.

Von beiden ist nun keine Rede mehr. Das Wohngebiet mit der nicht besonders lyrischen Bezeichnung »Karl-Marx-Allee 2. Bauabschnitt« erfreut sich nicht erst seit

der Wende einer hohen Beliebtheit. Aber es brauchte 20 Jahre, ehe das auch in der Senatsverwaltung wahrgenommen wurde. Großen Anteil daran hatten die PDS/DIE LINKE, namentlich Karin Baumert und Thomas Flierl. Sie fochten einen anscheinend ungleichen, letztlich aber erfolgreichen Kampf als Baustadträte in Mitte. Sie führten die Tradition der Bürgerforen ein, deren Ergebnis auch ein Workshop ist, der im Juni 2011 stattfand. Dessen Ergebnisse wurden kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Nicht mehr Abriss und Verstecken sind Programm. Vielmehr geht es heute darum, das Wohngebiet als solches zu sichern, zu stabilisieren und die vorhandenen Qualitäten weiter zu entwickeln.

Die Teilnehmerzahl bei der öffentlichen Erörterungsveranstaltung machte nochmal deutlich, um was für ein bedeutendes Gebiet und sensibles Thema es hier geht. Weit über 400 Teilnehmer/innen in einem völlig überfüllten Tagungssaal in der Kongresshalle wollten nicht nur wissen, was denn nun wird aus dem

Ergebnisse der BVV

► **Anfragen u. a.:**

• Sind dem Bezirksamt Pläne bekannt, den Standort des Marx-Engels-Forum's zu verlagern und durch ein anderes Denkmal zu ersetzen? Welche Position teilt das Bezirksamt bezüglich dieser Überlegungen?

DIE LINKE (0143/IVI)

• Wie sind die Flächenbilanzen für die verschiedenen Nutzungen (Kleingärten, pädagogisch betreuter Spielplatz, Kita und Kinderbauernhof im vorgestellten B-Planentwurf (III-226) gegenüber der aktuellen Nutzung? Wie wurden der Jugendhilfeausschuss, die Spielplatzkommission und die zuständige regionale Arbeitsgemeinschaft in die Weiterentwicklung des B-Planentwurfs einbezogen? Welche Auswirkungen hat der angesprochene Flächenaustausch auf das Angebot des pädagogisch betreuten Spielplatzes? *DIE LINKE (0133/IVI)*

► **Beschlossen:**

Als Bürgerdeputierte für den Hauptausschuss wurden Anna-Lena Orlowski und als stellvertretende Bürgerdeputierte für den Ausschuss Gesundheit Anke Plener gewählt. *DIE LINKE (0122/IVI)*

► **Überwiesen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, alle zivilgesellschaftlichen Projekte, Initiativen, Institutionen und Einrichtungen zu fördern und zu unterstützen, deren Aktivitäten sich für Vielfalt, Demokratie und Toleranz einsetzen und die sich gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus richten. In diesem Kontext wird das Bezirksamt ersucht, auf eine schriftliche Erklärung zu verzichten, in der Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Zuwendungen ihre verfassungstreue Gesinnung erklären und sich für die Verfassungstreue ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihrer Kooperationspartnerinnen und -partner verbürgen müssen. Sollte das Bezirksamt an der Einführung einer solchen Erklärung zur Verfassungstreue festhalten, ist die Bezirksverordnetenversammlung in jedem Falle an der Entscheidung über die Einführung einer solchen »Bekanntnisklausel« in die Zuwendungsverträge zu beteiligen. *DIE LINKE (0118/IVI)*

Wohngebiet direkt am Alex. Sie wollen sich beteiligen. Schließlich geht es um ihren Ort zum Wohnen und Erholen.

Das Bezirksamt hat 3 Bebauungspläne aufgestellt, die gegenwärtig in der BVV diskutiert werden. Am 19.01.2012 beschloss die BVV eine Veränderungssperre, um gebietsstörende Nachverdichtung zu verhindern.

Sven Diedrich

Gelesen im Beschluss des 3. Landesparteitages der Berliner LINKEN

Wie wollen wir wohnen ...?



Ob auf der Fischerinsel oder in der Müllerstraße – Wohnen in Mitte muss bezahlbar bleiben

Da hat der Wohnungsuchende selten die besseren Karten. Aber immerhin – für die Mieter sind in langwierigen Kämpfen wichtige Gesetze beschlossen worden, die Mietwucherern Grenzen setzen. Die sind freilich flexibel genug. DIE LINKE orientiert deshalb auf praktische Schritte, die den Steigflug der Mietspirale stoppen können:

- Der Anteil öffentlicher Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften auf dem Wohnungsmarkt (als non-profit-Unternehmen) soll erhöht werden.
- Sie sollen vorrangig landeseigenes Bauland und öffentliche Mittel erhalten, damit in allen Stadtbezirken Wohnungen mit günstigen Mieten verfügbar sind.
- Keine öffentlichen Fördermittel für private Investoren.
- Die Zweckentfremdung von Wohnungen wird verboten.
- Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bedarf der Genehmigung, die Kündigungsfristen dazu sollen stadtwweit auf zehn Jahre verlängert werden.

Was macht unsere Stadt lebenswert?

Dazu braucht es Lösungen für stadtweite Probleme. Stichworte: Klimaschutz, energetische Sanierung, saubere Luft, großflächiges Grün, weniger Lärmbelastung. Berlins Netz für den Nahverkehr ist gut geknüpft. Es darf nicht zerstört werden. Der Beschluss unseres Landesparteitages fordert:

- Eine nachhaltige Verkehrspolitik muss

DIE LINKE – BVV-Fraktion Berlin-Mitte

Die Sprechzeiten im Fraktionsbüro finden Dienstag von 17.00–18.00 Uhr und am 3. Mittwoch von 10.00–11.30 Uhr, im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.
Telefon: 9 01 82 45 65

Guter Rat für Bürger!

► **Sozial- und Mieterberatung** der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. **mit Rechtsanwalt André Roesener:**

• An **jedem ersten Mittwoch** des Monats von 17 bis 19 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin **und** an **jedem letzten Mittwoch** des Monats im Rathaus Tiergarten, Kleiner Saal im Erdgeschoss, 10551 Berlin, statt.

► **Termine im LinksTreff** Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

• **Jeden Mittwoch im Monat:** kostenlose Beratung zu **Hartz IV/Schuldnerfragen** sowie **Wohnung/Miete** durch die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich)
• **Jeden Donnerstag ab 16 Uhr Schüler-nachhilfe** für Schüler der 1. bis 7. Klasse (Anmeldung unter 28 70 57 51)

den öffentlichen Nahverkehr stärken, auch die Elektromobilität erweitern – Straßenbahnen und O-Busse.

- Die Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn muss verhindert werden. Sie soll künftig von einem kommunalen Unternehmen betrieben werden.
- Das Gesetz, wonach Bürger für den Straßenausbau Beiträge zu zahlen haben, ist abzuschaffen. Bereits gezahlte Beiträge sind zu erstatten.
- Die Schutzbedürfnisse der Anwohner des Flughafens BER haben Vorrang vor den Gewinninteressen der Betreiber und Nutzer.
- Wasser ist ein elementares Lebensmittel. Wir fordern mit dem Wassertisch die Rückgabe der Wasserbetriebe in die öffentliche Hand.

Berlin soll für alle Bürgerinnen und Bürger eine lebenswerte Stadt sein, in der bezahlbares Wohnen ein selbstverständliches Gut in allen Bezirken ist.

In der März-Ausgabe der Mittendrin wollen wir das Thema »Gute Arbeit« erörtern.

Heinz Grote

Eigentlich ist das doch klar: wohnen wollen alle Berliner in einer lebenswerten Stadt und natürlich in einer menschenwürdigen Wohnung, die sie auch bezahlen können. Einfach, nicht wahr? Aber das eben ist das Einfache, das für viele schwer zu machen ist.

In unserer Stadt sind tagtäglich hunderte Menschen auf der Jagd – Berliner und andere, die Berliner werden wollen. Gejagt wird nach Wohnungen – nach einer größeren, häufiger nach einer kleineren; mal soll es eine zentrumsnahe, mal eine modernisierte sein – aber fast immer geht es um eine preiswertere! Mieten steigen. Umzüge gehören hier zum Alltag. Berlin ist eine Mieterstadt. Vier von fünf Berlinern wohnen zur Miete. Das setzt Bedingungen für eine verantwortungsbewusste soziale Politik. Für DIE LINKE ist der Kampf um das soziale Berlin – auch und gerade hier im Regierungsbezirk – eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Es ist selbstverständlich, dass Leben und Wohnen untrennbar dazu gehören.

Bezahlbares Wohnen – geht das überhaupt?

Wo Wohnungen Ware sind, werden Mieten nach Angebot und Nachfrage ausgehandelt.

Gebäude in Berlin

Die Charité

Charité gedenkt der Medizinverbrechen während des Faschismus

Im Dezember 2011 haben nach zweijährigen Vorarbeiten die Charité und die Universität der Künste eine Kooperation zur Errichtung eines Ortes des Gedenkens an die Medizinverbrechen des Faschismus auf dem Freigelände des historischen Charité-Campus in Mitte beschlossen.

Als traditionsreiches Berliner Krankenhaus ist die Charité weit über Deutschland hinaus bekannt. Im Jahre 1710 als Pesthaus gegründet, ergänzte die Charité nach der Gründung der Humboldt-Universität 1810 das Universitätsklinikum und wurde zur bedeutenden Lehr- und Forschungsstätte. Unter dem Namen »Charité – Universitätsmedizin Berlin« sind die medizinischen Fakultäten der Humboldt- und der Freien Universität Berlin seit 2003 vereinigt. Die Charité ist damit eine der größten Universitätskliniken Europas.

Projekt des Erinnerns und Gedenkens

Eine Studie des »Instituts für Geschichte der Medizin« an der Charité hatte bereits zur Vorbereitung der 300-Jahrfeier der Charité 2010 die Rolle der Charité – Doktoren von 1933 bis 1945 untersucht: Die Ergebnisse waren bestürzend. Viele Ärzte haben bei den brutalen Menschenversuchen und den



Alte Charité in Berlin-Mitte

»Rassenforschungen« des Faschismus mitgemacht. Von den insgesamt 20 Ärzten, die sich 1946/47 im Nürnberger Ärzteprozess zu verantworten hatten, waren allein acht von der Charité.

Menschenversuche des Leibarztes Himmlers

Unglaublich brutale Menschenversuche mit KZ-Sträflingen unternahm der Charité-Arzt Professor Karl Gebhardt. Er war Leibarzt von Heinrich Himmler und Chefarzt der SS-Heilanstalt in Hohenlychen bei Berlin. Knochen wurden verpflanzt. Polnischen Frauen wurden Dreck und Metallsplitter in offene Wunden

gestopft, um Körperreaktionen zu beobachten. Gebhardt wurde 1948 hingerichtet. Auch Hitlers Euthanasie-Beauftragter, Charité-Professor Karl Brandt, endete am Galgen.

Die meisten Täter wurden nie angeklagt

Ein weiteres Ergebnis der Vorarbeiten für das Gedenk-Projekt: Die meisten Täter wurden nie angeklagt. Zum Beispiel Otmar Freiherr von Verschner, Professor für Erbkrankheiten und Doktorvater des berühmten KZ-Arztes Joseph Mengele. Oder Fritz Lenz, Chef des Charité-Lehrstuhls für Rassenhygiene. Er übernahm nach dem Krieg den Lehrstuhl für Genetik in Göttingen. **Rainer Scholz**

Bei anderen gelesen

► Im Zeichen der Nelke

»Eine rote Nelke muss sein – Symbol der Arbeiterklasse. Sie gehört dazu, jedes Jahr, wenn es um das Gedenken der ermordeten kommunistischen Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geht. Seit 1947 findet alljährlich das Gedenken mit Zehntausenden Teilnehmern statt. Es werden kaum weniger, und es sind nicht nur die Alten«, sagt die Blumenverkäuferin Tabea Nordengrün, die seit 17 Jahren ihren Blumenladen PRIMULA in der Frankfurter Allee in Lichtenberg an jedem zweiten Januar-Wochenende öffnet. 1300 rote Nelken hat sie am 14.01.2012 verkauft. »Berliner Zeitung«, 17.01.2012

► Weniger Gewalt an Schulen

Die Gewalt an Berliner Schulen geht weiter zurück. Die meisten Gewalttaten ereignen sich mit 17 Prozent in Berlin-Mitte, gefolgt von Neukölln mit 13 Prozent. Jeder dritte Schüler erlebt immer noch Gewalt oder einen Notfall in seiner Schule. Am stärksten

vertreten war bei den Opfern und Tätern die Gruppe der Acht- bis Dreizehnjährigen.

»Berliner Zeitung«, 17.01.2012

► Nur im Notfall Geld für die Schulklos

Der Finanzsenator freut sich über die Haushaltssperre. Die Schulen bangen dagegen um Gelder und stöhnen, aber einer frohlockt. »In sechs Monaten spart es sich sozusagen von selbst. Frühestens im Sommer wird der Haushalt beschlossen sein. Bis dahin herrscht Haushaltssperre. Vor allem die Schulen sitzen auf dem Trockenen. 32 Millionen Euro sollen sie für die Instandhaltung maroder Sporthallen, Toiletten oder Fenster bekommen«, so der Finanzsenator. »taz«, 19.01.2012

► Sparkonto für Bildung beerdigt

Das Prestigeprojekt »Zukunftskonto Bildung« als großes Ziel der Regierungskoalition von CDU und FDP in der Bildungspolitik wird eingestampft, weil die Umsetzung komplizierter als angenommen war. Eltern und Großeltern sollten staatlich

gefördert für die Ausbildung ihres Nachwuchses sparen. Es sah vor, jedem neugeborenen Kind ein Zukunftskonto mit einem Sparguthaben von 150 Euro einzurichten und Einzahlungen bis zur Volljährigkeit mit einer Prämie zu unterstützen. Das Aus kam nicht überraschend, ist aber für die Koalition peinlich. »Financial Times«, 18.01.2012

► Berlin bleibt nicht Berlin

Die zentralen Orte Berlins bekommen in diesem Jahr ein neues Gesicht: Die City West um die Gedächtniskirche, der Schlossplatz, das Gebiet der Mediaspree. Nicht nur im Zentrum werden die Weichen für das neue Berlin gelegt, sondern auch in Verkehrszentren. Es geht um das ganze Berlin. Die kulturelle Identität der Stadt wird neu geprägt, weil das Schloss zum Forum der Wissenschaften und Kulturen der Welt werden soll und weil über die großen Innerstädtischen Leerstellen entschieden wird. 2012 ist ein entscheidendes Jahr für die internationale Bauausstellung.

»Der Tagesspiegel«, 17.01.2012

Menschen in Mitte

Herbert Weber: Im »Sprint« zum Abi und Studium

Sozusagen im Sprint (**S**prache und **I**ntegration) lernen Hunderte Mädchen und Jungen aus vor allem türkischen und arabischen Einwandererfamilien im Wedding perfekt deutsch Sprechen, Lesen und Schreiben.

Herbert Weber hat das nahezu einmalige Projekt »Sprint Förderunterricht« vor sieben Jahren entworfen. »Rund 50 Lehramtsstudenten unterstützen als Praktikanten ihrer Hochschulen momentan mehr als 300 Schüler von 5. bis 13. Klassen kostenlos in Mathematik, Biologie, Englisch, nahezu in allen Fächern an sechs Schulen des Stadtbezirks sowie am Nachmittag im Medienhof Wedding in der Prinzenallee«, erklärt der 47jährige Pädagoge und Politikwissenschaftler sein Konzept. Das Verstehen der Lehrbuchtexte, Sprachübungen bei Vorträgen und Rollenspielen und das Einprägen bewährter Lerntechniken stehen dabei im Vordergrund.

Träger sind die gemeinnützigen Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA Berlin) e.V. Die Stiftungen Mercator und Deutsche Klassenlotterie Berlin, die Volkshochschule Mitte, das Programm Soziale Stadt sowie die Kooperationsschulen sind die wichtigsten Finanziere. »Das Besondere



Herbert Weber, rechts im Bild

ist, dass unsere Schüler nicht zu uns geschickt werden, sondern selbst kommen, freiwillig und selbstbewußt ihre schulischen Leistungen verbessern und sich somit Perspektiven für ihr Leben schaffen wollen, und das sind interessanterweise zu 80 Prozent Mädchen und junge Frauen«, freut sich Herbert Weber.

Er selbst sieht sich ein bißchen als Vorbild für die meist aus armen, kinderreichen, benachteiligten Familien stammenden Schüler. Als Sohn eines Dachdeckers arbeitete sich der gebürtige Trierer vom Gärtnerlehrling über das Abitur zum Realschullehrer vor. »Als ich 1998 nach Berlin kam, machte ich bald Bekanntschaft mit sozialen Brennpunkten, hörte von katastrophalen Bedingungen an Schulen, an denen die übergroße Mehrheit Kinder mit Migrationshintergrund sind«, erinnert sich der zweifache Vater. »Es wird so viel über Bildung, Deutschlernen und Integration geredet, aber tatsächlich gibt es keine wirkliche Sprachförderung – im Gegenteil, es wird immerzu nur finanziell gekürzt«, kritisiert Herbert

Weber. »Unser Projekt ist erfolgreich, aber eben nur ein Tropfen auf den heißen Stein.«

Größtes Motiv des Projekts: Spürbar helfen

Voller Freude spricht er von Betül. Die 19jährige bereitet sich nach drei Jahren beim Sprint Förderunterricht in diesen Tagen auf die Abiturprüfungen vor. »Auf jeden Fall will ich studieren«, sagt sie überzeugt, »am liebsten Zahnmedizin oder Wirtschaft«. Der 13jährige Yasir schenkte Herbert Weber zu Weihnachten einen Schal und Schokolade »für die Note zwei, die ich jetzt in Mathe habe nach der fünf noch vor einem Jahr.«

Herbert Weber könnte in anderen Berufen mehr Geld verdienen und leichter leben. »Aber in meinem Projekt kann ich frei gestalten, verändern, vor allem spürbar helfen. Das ist mein größtes Motiv«, betont er. »Jetzt bleibt nur zu hoffen, dass wir die Finanzierung im Interesse der Schüler auch über 2012 hinaus schaffen.«

Matthias Herold

Mehr Infos: www.foerderunterricht-sprint.de

Kurzmeldungen

► Alex zum Wohlfühlen ...

... und nicht nur einmal im Jahr, weil gerade Weihnachtsmarkt ist. Das hat sich ein »Alex-Bündnis« vorgenommen. Anwohner, Mieterbeiräte, Polizei, Bezirksamt Mitte und mehrere soziale Projekte wollen das gemeinsam erreichen. Probleme gibt es genug, etwa die »Freitagstreffen« von Jugendlichen, oder Gruppen von durstigen Trinkern. Nicht nur Anwohner ärgern sich über Müll und Dreck. Touristen würden sich über Wegweiser freuen. Es gibt viel zu tun! Ein Maßnahmenplan für dieses Jahr ist bereits beschlossen.

► BVG meldet: 930 Mio. Fahrgäste 2011

Das ist Rekord! 2009 beförderten U-Bahn, Straßenbahn und Busse 925 Millionen Fahrgäste. Für diesen bisherigen Rekord sorgte damals die S-Bahnkrise. Offenbar haben die BVGer aber neue Freunde

gefunden. Zuverlässigkeit macht sich bezahlt! Nur unpünktliche Busse sind noch Sorgenkinder. Ursache freilich die vielen Baustellen.

► Gutenberg? Ach, lieber nicht.

In Bayern werden schon Kandidaten für die Bundestagswahlen 2013 gesucht. Der Landrat und CSU-Chef eines oberfränkischen Wahlkreises hat schon einen im Visier: Deutschlands bekanntesten Plagiator, Herrn Freiherr von und zu Gutenberg, heute zwar ohne Doktor, aber auch ohne Brille, dafür mit neuer Frisur. Aber K.T. meinte, dafür sei noch nicht der richtige Zeitpunkt. Wer wollte da widersprechen.

► S-Bahn gehört nicht in Privathand

Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit (SPD) will einen Teil des Streckennetzes der Bahn an private Investoren verscherbeln, weil die

bestehenden Verträge 2017 auslaufen. Damit würde ein wichtiges Verkehrssystem der Stadt zerschlagen. Das will der Berliner S-Bahn-Tisch mit einem Volksbegehren verhindern. Auch die Eisenbahn- und Verkehrs-Gewerkschaft EVG stemmt sich dagegen. Mit einer Privatisierung werde nichts besser – weder für die Kunden, noch für die Beschäftigten. Private Eigner wollen vor allem Profit – mit gesenkten Löhnen und gehobenen Fahrpreisen.

► Berlin hat 2.519 arme Schweine weniger

Berliner Jäger haben im vergangenen Jahr 2.519 Wildschweine erlegt. Das hat der Deutsche Jagdschutzverband in seiner Statistik mitgeteilt. Für ein Stadtgebiet ist das doch recht beachtlich. Die Brandenburger Jäger brachten es auf 72.500 Wildschweine, mehr als jedes andere Bundesland.

Bibliotheken sind öffentliche Bildungsstätten

Angebote müssen verteidigt werden

Benannt nach einem der größten Dichter deutscher Sprache mag die links des Weddinger Bürgeramts gelegene Schiller-Bibliothek Ehrfurcht erregen.

Außer dem Beachten allgemeiner Ruheregeln ist hier aber kein Erstarren angebracht, im Gegenteil: Literarische Betätigung und Mitmischen sind ausdrücklich erwünscht. Aufgrund des vielfältigen Angebots – vom leichten Liebesroman zur »Negativen Dialektik« des Theodor W. Adorno – findet jeder seine Nische. Aber nicht nur Bücher warten in der Bibliothek, auch CDs, DVDs oder Zeitschriften können entliehen werden. Neben diesen »traditionellen« Bibliotheksmaterialien kann die Weddinger Bibliothek aber auch mit vielfältigen Zusatzleistungen aufwarten. So bekommt man dort auch PC-Arbeitsplätze



Die Schiller Bibliothek

mit Internetzugang (und Kurse die das Internet erklären), sowie Lernhilfe und Prüfungsvorbereitung. Im Moment wartet dieses »Herzstück« des Ortsteils auf seine Vergrößerung. 2009 beschloss der Bezirk Mitte, sie zu einer Mittelpunktbibliothek oder langfristig zu einer Bezirkszentralbibliothek auszubauen. Konkret bedeutet das eine Vergrößerung ihrer Fläche auf insgesamt 1.780 m oder möglicherweise später ca. 6.500 m. Aber nicht allen Bibliotheken in Berlin wird diese Behandlung zuteil: Trotz enormen Zuspruchs werden viele aufgrund enormer Haushaltslücken in ein enges Sparkorsett gezwungen. Besonders drastisch gestaltet sich die Situation beispielsweise in Pankow oder Friedrichshain-Kreuzberg. Auf lange Sicht zerstört eine derartige »Prioritätensetzung« die Bibliotheken als Orte der Bildung und sozialen Interaktion; denn eine Bibliothek, die nur mit veraltetem Programm und zu wenig Personal aufwarten kann, ist für niemand ein Anziehungspunkt. Es bleibt zu hoffen, dass das oben dargestellte Angebot der Schiller-Bibliothek noch lange fortbesteht.

Louis Berger

775 Jahre Mitte Berlins

Irene Runges Spaziergang

Das Wetter war brütend heiß, als Berlin seinen 750. feierte. Ich erinnere mich an den staatstragenden Jubel und Trubel. Am vollgestopften Alexanderplatz stand ich auf einer verlassenen Kiste und sah trotzdem wenig vom langen Festzug der Handwerker aller Zeiten.

Noch neu war das alte Nikolaiviertel, wo die Speisekarte der immer noch beliebten »Gerichtslaub« bis heute auf 750 Jahre Berlin verweist. Damals hatte der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung ein altdeutsch anmutendes Straßenschild in der Sophienstraße angebracht, hatte Rückbesinnung auf Preußens Geschichte eingesetzt. Im Osten ließ sich im Westfernsehen erleben, dass mangels Staatsknete dort weniger los war als hier.

Jetzt teilt die Stadtregierung plötzlich und unerwartet mit, dass Berlin in diesem Herbst den 775. Jahrestag im netter herzurichtenden Nikolaiviertel feiern werde. Dessen Bewohner sind nicht minder überrascht als ich, die ich unlängst in der Dämmerung vom heiteren Hackeschen Markt kommend, querfeldein an Marienkirche und einigen Touristen vorbei, in die vom urbanen Leben abgehängte Rathausstraße geriet. Ich ging Wege, die gesäumt waren durch graues Restlaub und Graffiti beschmierte Bänke. Und hier wird gerade für Millionen Euro umgestaltet? Abgezäunt ist das Rote Rathaus, ein Pfad führt entlang der

hinter bunten Plakaten versteckten Baugrube der U 55. Die Bilder sollen wohl Lust auf öffentlichen Nahverkehr machen? Der Regierende muss vermutlich wegen Baumaßnahmen am Nebeneingang empfangen, verwaist die weite Freitreppe, vergessen der Rathauskeller, an dessen Gewölbe sich die heutige Macht kaum entsinnen wird. Dafür will ein Komitee aus Anlegern und Stadtbezirkspolitikern den sichtbaren Verfall um und am Alexanderplatz stoppen. Gehören Rathaus und Nikolaiviertel dazu? In Letzteren war es jüngst besonders menschenleer und zugig, Verkäuferinnen standen gelangweilt in und vor üblichen Souvenirläden, Windowshopping machte keinen Spaß. Hier, in dieser fast isolierten Gegend, ist Berlins Mitte besonders piefig. Allein bei Sonne wirken die Distanzen zu Bus und Bahn kurzweiliger als sie sind. Abends

leuchtet vis-à-vis die Karl-Liebknecht-Straße aus dem Dunkel, leicht gruslig ist der Weg über die weitflächig begrünte, teil gepflasterte Leere, die schon immer zu ungeschützt, windig und nicht gemütlich war, als dass hier gern flaniert wurde. Am Rand wartet das Marx-Engels-Denkmal auf andere Zeiten. Wer von dort zum hellen Hotel an der Wasserpromenade will, muss die Bautrasse im Grünflächenareal und eine Schnellstraße überwinden.

Der 775. Geburtstag der Stadt wird nicht so sein wie damals, doch innerstädtische- und fußgängergerechtere Eingriffe sind absehbar. Ich hoffe, für Berlins Wiege ist noch vieles im Werden.

ND ABOSERVICE

»KRISTINA-SCHRÖDER-BILDUNGSABO«

FAHNDUNG

Achtung bewaffnet: Mit kritischem Denken!

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend warnt vor der Tageszeitung neues deutschland. Beiträge in diesem als »linksextremistisches« eingestuftem Medium »unterstützen kommunistische bzw. anarchistische Weltdeutungen und diskreditieren zugleich gegenläufige Nachrichten als »bürgerlichen Manipulationszusammenhang«.

Sonja Vogel (28), Lokalredakteurin, plädiert dafür, Obdachloser- und Flüchtlingsinitiativen besser zusammenzufassen.

Jürgen Reents (62), Chefredakteur, geübter Linksabbieger, findet aber, dass in der alten Bundesrepublik nicht alles schlecht war.

Karen Vesper (52), Kulturredakteurin, kettet sich an Hammer und Sichel und summt bei der Arbeit Lieder über die Oktoberrevolution.

Bundesministerin Kristina Schröder bittet alle Bürgerinnen und Bürger um Mithilfe, die Tageszeitung neues deutschland zu ergreifen! Am besten im »Kristina-Schröder-Bildungsabo« - 6 Monate »nd« lesen, für nur 99 €. Die Belieferung endet automatisch.

neues deutschland AboService Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin

Tel: (030) 29 78 18 00

Internet: neues-deutschland.de/abo

neues deutschland DRUCK VON LINKS

Ein Generalverdacht wäre fatal

DIE LINKE spricht sich gegen die Extremismusklausel aus

DIE LINKE hat sich immer »gegen Rechts« engagiert. Die Bedeutung, die dieses Engagement hat und wie wichtig die etlichen Organisationen, die sich für die Aufklärung vor Neo-Nazis einsetzen oder Aussteiger aus der Neo-Nazi Szene betreuen und Hilfe anbieten, hat sich im vergangenen Jahr noch einmal auf betrübliche Weise gezeigt. Die von Neo-Nazis begangenen Morde haben als trauriger Höhepunkt gezeigt, dass die Gefahren von Rechts in keiner Weise ab – eher zugenommen haben.

Bundesministerin Schröder erweckt den Anschein, als gäbe es Rechte in Deutschland

nicht und als gingen alle potentiellen Gefahren von Links aus. Die als »Extremismusklausel« bekannte Einverständniserklärung, die Demokratieinitiativen, Gewerkschaften oder Bürgervereine gegenüber dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit dem vergangenen Jahr als Voraussetzung für den Erhalt von Bundesfördermitteln unterzeichnen müssen, war der beste Beleg. Im Einzelnen beinhaltet die Erklärung ein schriftliches Bekenntnis zur »freiheitlich demokratischen Grundordnung« und eine Verpflichtung, im Rahmen ihrer Vereinstätigkeiten den Anschein der Unterstützung »extremistischer Strukturen« aus-

zuschließen und nur mit solchen Partnern zusammenzuarbeiten, die die »Ziele des Grundgesetzes« teilen.

Wir haben uns als LINKE gegen diese Extremismusklausel ausgesprochen und es in Berlin den Initiativen und Organisationen freigestellt, ob sie diese Erklärung unterzeichnen wollen oder nicht. Nicht ausgezahlte Bundesfördermittel hat die Rot-Rote Landesregierung aus Landesmitteln aufgefüllt, damit die Arbeit gegen Rechts ungehindert weiter gehen konnte. Einen Generalverdacht halten wir für antidemokratisch und die Einführung einer solchen Erklärung für fatal, denn sie zerstört die Grundlage für gesellschaftliches Engagement. Wir fordern von der Bundesregierung deshalb auch weiterhin, die Extremismusklausel zurückzuziehen und von der neuen Landesregierung, die Organisationen, die nicht unterzeichnen, weiterhin zu finanzieren! Wir werden uns auch weiterhin dafür stark machen!

Carola Bluhm

Integrationspreis vergeben

Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen zeichnet engagierte Frauen aus



Die promovierte Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan engagiert sich für die gleichberechtigte Teilhabe und gegen die Abwertung von Minderheiten

Der Preis wird jährlich vom Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen ausgelobt. Das Preisgeld beträgt insgesamt 5.000 Euro. Mit der Ausschreibung wurden Berlinerinnen und Berliner gesucht, die sich »durch Beiträge und Initiativen in der Öffentlichkeit um die Versachlichung der Debatte zur Einwanderung verdient gemacht und damit der Stigmatisierung von Einwanderergruppen entgegen gewirkt haben.«

Hatice Akyün und Dr. Naika Foroutan setzen sich weit über ihre berufliche Tätigkeit hinaus für Anerkennung und Teilhabe in einer demokratischen und pluralen Stadtgesellschaft ein und bestimmen die gesellschaftliche Debatte mit.

Die Journalistin und Buchautorin Hatice Akyün beschreibt in Büchern, Blogs und Medienträgern den deutschen Alltag aus Sicht einer Frau, die sich selbst als »Türkin, Deutsche, Muslima, Journalistin« bezeichnet. Seit März 2011 hat sie eine Kolumne im Berliner Tagesspiegel »Mein Berlin – Notizen aus der globalen Stadt«.

Hatice Akyün ist ebenso wie Dr. Naika Foroutan Mitinitiatorin des vielbeachteten offenen Briefes an Bundespräsidenten Christian Wulf, in dem ein Zeichen gegen die verzerrenden Debatten über Einwanderinnen und Einwanderer gefordert wird.

Dr. Naika Foroutan arbeitet an der Humboldt-Universität im Bereich der Integrations- und Migrationsforschung. Mit ihrem Dossier

»Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand – ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland« hat sie in die bundesweite Debatte eingegriffen. Sie ist eine anerkannte Expertin, die fundiert und engagiert eintritt für gleichberechtigte Teilhabe und gegen die Abwertung von Minderheiten.

Kadiye Karci

Politische Bildung

► **15. Februar, 19.30 Uhr**

»Helle Panke«, Kopenhagener Straße 9
Zwischen Realpolitik und Utopie:
Eine kritische Bilanz linker Metropolitik in Berlin
Mit Klaus Lederer, Andrej Holm,
Matthias Naumann

► **20. Februar, 18 Uhr**

Karl-Liebknecht-Haus, »geDrucktes«
Gesine Löttsch und Heidi Knake-Werner
»In roten Schuhen – Meine politischen Wege«

► **23. – 26. Februar**

Festival Musik und Politik
25. Februar, 19.30 Uhr, Wabe
»Eisleriade« – Zum 50. Todestag von
Hans Eisler
26. Februar, 19.30 Uhr, Kesselhaus,
Kulturbrauerei
»Woody Guthrie 100« mit Tom Morello,
Woody Sez, Wenzel & Band

Das komplette Programm unter:
www.musikundpolitik.de

Die Preisverleihung des Landesbeirates fand am 9. Dezember 2011 im Luise-Schroeder-Saal des Berliner Rathauses statt.

Für ihre herausragenden Beiträge zur aktuellen Debatte um Einwanderung und Integration und ihr Engagement für ein demokratisches Miteinander haben die Journalistin Frau Hatice Akyün und die Sozialwissenschaftlerin Dr. Naika Foroutan den diesjährigen Integrationspreis für Integrations- und Migrationsfragen erhalten.

Magic Mountain

Bergsteigen im Herzen Berlins

Auf über 2.000 Quadratmetern warten in der Kletterhalle Magic Mountain in Berlin »Beginner's-Wall«, »Medium-Wall«, »Expert-Wall« und »Donut-Boulder« auf die Kletterbegeisterten. Auch eine Outdoor-Wall gibt es, auf der im Sommer im Freien geklettert werden kann.

Zwischen 10 und 16 Metern hoch sind die Kletterwände und es gibt zahlreiche Routen für Toprope, Nachstieg, oder Vorstieg in verschiedenen Schwierigkeitsgraden.

Egal ob die Kinder und Eltern bereits Klettererfahrungen besitzen oder ihre ersten Versuche, eine Kletterwand zu erklimmen, starten, für jeden findet sich die richtige Kletterwand und -route in der Kletterhalle. In den verschiedenen angebotenen Kursen erwerben die Kletterer das notwendige Know How für abenteuerliche und dennoch sichere Klettererlebnisse.

Kletterneulinge buchen gerne zuerst einen Schnupperkurs. Mit bis zu sechs Teilnehmern erhalten die Neueinsteiger in dem 2-stündigen Kurs eine Sicherheitseinweisung, lernen das Anlegen des Klettergurtes, das richtige Einbinden in das Kletterseil und machen ihre ersten Klettererfahrungen im Top-Rope.

Auch beim Familienklettern, bei welchem mindestens 2 Erwachsene und max. 4 Kinder bis 15 Jahren eine Gruppe bilden, werden Sicherheitstraining und Klettern geübt. Speziell für Kinder gibt es noch viele weitere Specials in der Kletterhalle, wie Klettercamp in den Schulferien, Klettertreff, After School Climbing, Adventure Party oder die Feiern zum Kindergeburtstag.

Im Café in der Kletterhalle Magic Mountain wird für die notwendige Stärkung gesorgt. Die Hungrigen genießen hier ein erfrischendes Getränk, leckere Snacks oder eine kleine Mahlzeit. Wer beim Klettern auf den Geschmack gekommen ist, bucht vom kostenlosen Internetanschluss im Café aus gleich seinen nächsten Kletterurlaub in den Bergen.

Im Fitness-Areal kann man sich auf Fahrrädern oder anderen Geräten austoben. In der Sauna kann man zum Abschluß entspannen und genießen.

Wer noch keine Ausrüstung hat, der kann sie sich gegen eine Gebühr ausleihen oder im hauseigenem Shop käuflich erwerben.

(Es sind auch Kletterfreunde willkommen, die die englische Sprache nicht beherrschen.)

Korinna Wunder

Das ist das Letzte

Als letzter Erfolg der Berliner Nazis ist die »Feindliste« für deren Stosstrupps wieder im Internet plaziert. Sie war kurz verschwunden. 13 Antifaschisten, die da neben anderen mit Namen und Adressen verzeichnet sind, wurden bereits Opfer von rechter Gewalt. Die Ermittlungsbehörden sind offenbar ratlos, die Urheber dieser Website ausfindig zu machen und zu bestrafen.

Nun muss man den Staats- und Verfassungsschutzern aber zugute halten, dass sie ihre fähigsten Leute zur Beobachtung von linken Bundestagsabgeordneten und anderen Mandats- und Funktionsträgern der Linkspartei brauchen. Und da sich die Linken verfassungskonform verhalten, kostet es unerhörte Mühe, ihnen das Gegenteil zu beweisen.

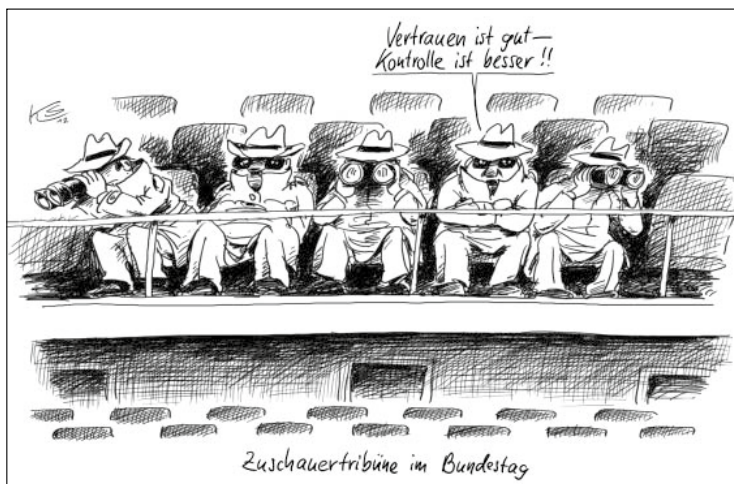
Bei den Nazis wäre das ungleich leichter, zumal da 100 V-Leute mitmarschieren. Aber das half auch nicht, die Seilschaft der »Döner-Morde« zu bändigen.

Doch nun gibt es die zentrale Anti-Nazi-Kartei des Innenministers. Die riecht nach Etikettenschwindel. Die notiert ja nur, wer mit Hakenkreuzbinde am Arm straffällig wurde. Das erledigt anderswo ein Gerichtsdienner.

Bei uns braucht es einen Sonderstab! Hier darf der Geheimdienst auch das Parlament kontrollieren. Wo es eine parlamentarische Demokratie gibt, ist das umgekehrt!

Das hat nun aber einiges Entsetzen ausgelöst. Offenbar wabert doch viel »brauner Geist« auf den Korridoren der Macht herum. So kommt nun auch Hitlers »Mein Kampf« in die Buchläden und der Nachdruck der Nazizeitungen wird zum Angebot im Fernsehen. Man verfolgt schließlich – wegen der Meinungsfreiheit – keine Gesinnung, auch nicht diese seit 1945 verbotene – sondern man fördert sie, bis Täter und Taten daraus entspringen, die selbst die einäugigen Profis erkennen!

Arthur Paul



Klaus Stuttmann

DIE LINKE. Berlin-Mitte im Internet !

► www.dielinke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »Mittendrin« zum Herunterladen.

DIE LINKE. BVV-Fraktion Berlin-Mitte im Internet !

► www.linksfraktion-berlin-mitte.de

► Bezirksverband Mitte – Facebook

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neusten Stand.

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin,
 Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 20.01.2012

Ausgabetag für Nr. 03/2012 – 01.03.2012

Wir gratulieren im Februar zum Geburtstag!

- Zum 90.** Ruth Schade
- zum 88.** Rosemarie Bender, Georg Pfeuffer, Hanna Podymachina, Sieglinde Wolf
- zum 87.** Brigitta Busch
- zum 85.** Rosemarie Belda, Eva Gumpel, Horst Tinz
- zum 84.** Anneliese Lindner
- zum 83.** Hans-Joachim Buchwald, Edith Kehr, Eberhard Röhner, Edith Wagner
- zum 82.** Siegfried Schiller, Karl Seidel, Hans-Christian Teubner
- zum 80.** Erika Granzin, Alice Liesegang, Katharina Prosetzky, Lore Thoms
- zum 75.** Rosemarie Giese, Helmut Möller, Siegfried Wein